

PRESSEMITTEILUNG

Pressesprecher

Dirk Hundertmark

Landeshaus, 24105 Kiel

Telefon 0431-988-1440

Telefax 0431-988-1444

E-mail: info@cdu.ltsh.de

Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>

Es gilt das gesprochene Wort

Sozialpolitik

Torsten Geerds zu TOP 27:

Für eine stärkere Begegnung und Kommunikation der Generationen untereinander

Jeder von uns hat ganz unterschiedliche Ansichten vom Leben und Wohnen. Ein besonderes Augenmerk wollen wir auf das Wohnen im Alter richten. Auch in dieser Frage haben wir deutliche Veränderungen der Familiensituation zur Kenntnis zu nehmen. Sie ergeben sich einmal aus dem demographischen Wandel und zum anderen aus erheblich veränderten Familienstrukturen.

Heutzutage leben sehr oft 4 Generationen, manchmal sogar 5 Generationen einer Familie zur gleichen Zeit, wenn auch nicht am gleichen Ort beziehungsweise im gleichen Haushalt. Wir haben eine Entwicklung von der Großfamilie zur Kernfamilie beziehungsweise vom Drei-Generationen-Haushalt zum 2- und 1-Generationenhaushalt. Ein-Generationen-Haushalte haben in den letzten Jahrzehnten enorm zugenommen und betragen derzeit knapp 35 Prozent aller Haushalte.

In der Gruppe der über 75-jährigen leben in Deutschland 68 Prozent aller Frauen und 28 Prozent aller Männer in Ein-Personen-Haushalten. Diesen Trend darf man aber keinesfalls und nicht automatisch mit zunehmender Einsamkeit oder Isolation gleichsetzen.

CDU und SPD im Schleswig-Holsteinischen Landtag wollen die Diskussion über das Thema „Wohnen im Alter“ getrennt von der Pflegeproblematik diskutieren. Ältere Menschen sind empört, wenn man das Alter in einem Atemzug mit Pflegebedürftigkeit diskutiert. Aus diesem Grunde haben die regierungstragenden Fraktionen einen weiteren Antrag zum Thema „Ambulante Betreuung und ambulante Pflege“ gestellt. In diesem Zusammenhang werden wir nicht nur die Versorgung pflegebedürftiger Älterer, sondern auch die Versorgung pflegebedürftiger junger Menschen behandeln.

Ältere Menschen wollen möglichst lange unabhängig und selbständig ohne jede fremde Hilfe leben. Das durchschnittliche Aufnahmealter von Senioren in Pflegeeinrichtungen liegt bei deutlich über 80 Jahren.

Das war auch unser großes sozialpolitisches Ziel: Wir wollten es der älteren Generation ermöglichen, möglichst lang in der eigenen häuslichen Umgebung leben zu können.

Das Schlagwort heißt ambulant vor stationär. Aber machen wir uns nichts vor. Je älter die Gesellschaft wird, desto mehr werden uns auch im ambulanten Bereich die Kosten explodieren. Denn das Verlangen nach zusätzlicher persönlicher Assistenz wird im ambulanten Bereich deutlich steigen.

CDU und SPD fordern mit ihrem Antrag einen Bericht von der Landesregierung ab, um zu erfahren, welche Wohnraumangebote es für Seniorinnen und Senioren in Schleswig-Holstein gibt, wo eine Nachfrage besteht und wo das Angebot unzureichend ist.

Unser Ziel ist es, gerade wegen der demographischen Entwicklung, altengerechte Wohnangebote zur Miete und im Eigentum zu entwickeln. Wir wollen in Schleswig-Holstein neue alternative Wohnformen unterstützen. Wir nehmen zur Kenntnis, dass die Nachfrage nach generationenübergreifenden Wohnformen wächst. Wohnanlagen in denen man sich ein individuelles Serviceangebot einkaufen kann, werden verstärkt nachgefragt.

Für manchen ein Horror, für viele ältere Menschen aber mittlerweile eine wünschenswerte Variante im Alter zu leben sind Wohngemeinschaften für Senioren. Die Zeiten sind vorbei, in denen Bauunternehmen und Träger von Wohnheimen der Auffassung waren, die ältere Generation sei am besten irgendwo am Stadtrand, ruhig im Grünen aufgehoben.

Das Gegenteil ist der Fall. Der Trend geht in die ganz andere Richtung. Die ältere Generation verlangt Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Sie wünscht sich vermehrt ihre altengerechte Wohnung, ihre Wohngemeinschaft, ihr Haus mit Serviceangeboten mitten im Zentrum. Und damit drängt die ältere Generation zurück ins Stadtbild. Ich halte das für eine Klasse Entwicklung und für eine Chance unserer Innenstädte.

Diese Entwicklung verlangt der Politik und den Stadtplanern weiteres ab. So wird die ältere Generation Versorgungsstrukturen und spezielle Kultur- und Bildungsangebote in den Ballungsräumen einfordern.

Die Senioren brauchen verstärkt gezielte Beratung über die Wohnraumanpassung im Alter. Ihnen müssen folgende Fragen beantwortet werden:

- Wie ist die Barrierefreiheit in der häuslichen Umgebung herzustellen?
- Wie muss die Küche umgerüstet werden, damit der ältere Mensch in der Lage ist, sich selbst zu versorgen?
- Wie werden die Bäder altengerecht?
- Ist der Bodenbelag ausreichend rutschsicher?

Wir müssen klären, ob die Pflegeberatungsstellen, die ich für unverzichtbar halte, diese Aufgaben wahrnehmen können.

Ein weiteres großes Thema ist das „Betreute Wohnen“. Hier wünschen sich die älteren Menschen

- eine persönliche Betreuung und Beratung durch einen Ansprechpartner,
- einen haustechnischen Service,
- das Angebot eines Notrufanschlusses.

Und die Menschen möchten möglichst flexibel und nach Tagesbefinden folgende Leistungen in Anspruch nehmen können:

- Essensversorgung,
- Hauswirtschaftliche Dienste,
- Pflegerische Hilfen,
- Krankenpflege,
- Wäschedienste,
- einen Fahr- und Begleitdienst.

Wir wollen von der Landesregierung wissen, wie es in diesem Punkt mit Angebot und Nachfrage aussieht und welche Entwicklungen erwartet werden.

Für die CDU-Landtagsfraktion haben aber auch die Mehrgenerationenhäuser eine große Bedeutung. Die neue Bundesregierung plant die Einrichtung solcher Begegnungszentren.

Wir brauchen eine stärkere Begegnung und Kommunikation der Generationen untereinander. Mehrgenerationenhäuser sollen offene Treffpunkte für Jung und Alt werden, in denen vielfältige Aktivitäten und Serviceangebote möglich sind.

Mehrgenerationenhäuser sollen geprägt werden von freiwilligen Engagement und Hilfe zur Selbsthilfe. Daneben sollen sie ein Netzwerk an Information, auch in professioneller Form, bieten. Bereits vorhandene Angebote für Jung und Alt sollen bedarfsgerecht miteinander verbunden und ergänzt werden.

Im Namen der CDU-Fraktion bitte ich die Landesregierung, dass der angeforderte Bericht sowohl vom Sozial- als auch vom Innenministerium erstellt wird.